



im Stadtrat von
Bergisch Gladbach

Telefon + Fax 02202 / 14 22 42
email: gruenefraktion.gl@gmx.de
www.gruene.de/bergisch-gladbach

Bürozeiten:
die 9-14 Uhr, do 9-17 Uhr
Bürgerinnensprechstunde:
montags 17-18 Uhr

B 90/Die Grünen • Rathaus • 51465 Berg. Gladbach

An die Bürgermeisterin
Frau Maria Theresia Opladen
- Rathaus -

51465 Bergisch Gladbach

14. Dez. 1999 *Mo*

14.12.99

Dringlichkeitsantrag für die Ratssitzung am 16.12.99: Zwangsarbeiter aus der NS-Zeit

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

wir bitten Sie, den nachfolgenden Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 16.12.99 zu nehmen:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach bittet eindringlich die Firmen (bzw. deren Rechtsnachfolger) auf unserem Stadtgebiet, die in der NS-Zeit Zwangsarbeiter beschäftigt haben, sich an dem Stiftungsfond der deutschen Industrie zu beteiligen. Er bittet die betroffenen Firmen, sich hierzu unverzüglich öffentlich zu erklären.

Gleichzeitig wird die Bürgermeisterin gebeten, in der nächsten Ratssitzung über dieses Thema (Zwangsarbeiter in Bergisch Gladbach) zu berichten, soweit das Stadtarchiv hierzu Auskunft geben kann.

Begründung:

In diesen Tagen läuft das Ultimatum über die Einigung des Stiftungsfonds ab. Von daher ist es höchst dringlich, daß sich die Firmen in Bergisch Gladbach, die in der NS-Zeit zahlreiche ZwangsarbeiterInnen beschäftigt haben, erklären, um auch noch zu einem Gelingen der Verhandlungen beizutragen.

Nach den Recherchen des Autors Johann Paul ("Vom Volksrat zum Volkssturm", Heider Verlag 1988) gab es damals mindestens vier Firmen in Bergisch Gladbach, die ZwangsarbeiterInnen beschäftigt haben: Grube Lüderich, übergegangen vermutlich auf "Metallgesellschaft Frankfurt"; Gußstahlfabrik Risch; Fa. Glaswatte, heute G+H; Papierfabrik Zanders. Da öffentlich nicht bekannt ist, ob sich diese Firmen an dem Stiftungsfond beteiligen, sollte der Rat diese Firmen zu einer öffentlichen Erklärung zu diesem Sachverhalt auffordern.

Es steht dem Rat gut an, sich als politisch verantwortliches Gremium der Stadt dafür einzusetzen, daß sich die betroffenen Firmen bzw. deren Rechtsnachfolger - soweit dies noch nicht geschehen ist - an den Entschädigungszahlungen in angemessener Form beteiligen.

Unser Stadtarchiv kann ebenfalls aufklärend zu diesem Punkt tätig werden und den Rat informieren. Ein gleichlautender Antrag wird von den Grünen im Kreis ebenfalls am 16.12.99 im Kreistag gestellt.

Megda Ryborsch
Fraktionsvorsitzende

SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Bergisch Gladbach



SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bergisch Gladbach
Konrad-Adenauer-Platz 3 · D - 51465 Bergisch Gladbach

Geschäftsstelle

Frau Bürgermeisterin
Maria Theresia Opladen
Rathaus

Zimmer 2
Rathaus Bergisch Gladbach
Tel. / Fax (02202) 14 22 20

51465 Bergisch Gladbach

EINGEGANGEN

1-103

- 8. Feb. 2000

Frau Honkeim vord.
zur Kennz.

Datum

7. Februar 2000

08. Feb. 2000

Antrag für die Hauptausschusssitzung am 22.02.2000 und Ratssitzung am 29.02.2000

Sehr geehrte Frau Opladen,

zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.12.99 bzgl. der Entschädigung der Zwangsarbeiter aus der NS-Zeit stellt die SPD-Fraktion folgenden Zusatzantrag und bittet sie diesen in die Tagesordnung der o.a. Hauptausschuss- und der nachfolgenden Ratssitzung aufzunehmen:

“Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach bekennt sich -dem Beispiel anderer Gemeinden folgend- zur kollektiven historischen Verantwortung und Mitschuld an den Verbrechen des NS-Staates den zur Zwangsarbeit gepressten Menschen gegenüber.

Um ein symbolisches Zeichen zu setzen, beschließt er einen Betrag in Höhe von DM 100.000,-- einem Stiftungsfond oder einer anderen Institution zur Verfügung zu stellen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, den überlebenden Zwangsarbeitern aus der NS-Zeit materiell und personell zu helfen.”

Begründung erfolgt mündlich in der Sitzung.

Mit freundlichem Gruß

Klaus-Peter Freese
Fraktionsvorsitzender

Peter Hoffstadt
Mitglied des Rates